

EINLEITUNG DES LANDESVORSITZENDEN

Landtagswahl in Sachsen: ein Start in die 8. Wahlperiode

Jan Krumlovsky

Am 1. September 2024 fand die Wahl für die Mitglieder des 8. Sächsischen Landtages statt.

Bei der Wahl, welche alle fünf Jahre stattfindet, hatten die derzeit rund 3,4 Millionen wahlberechtigten Sachsen die Möglichkeit, über die Zukunft unseres Freistaates zu entscheiden und die Richtung der Landespolitik in den kommenden Jahren zu bestimmen.

Wahlberechtigt waren alle Bürgerinnen und Bürger ab 18 Jahren, die seit mindestens drei Monaten ihren Hauptwohnsitz in Sachsen hatten. In den 60 Wahlkreisen hatten sie die Möglichkeit, mit je einer Stimme für ihren Direktkandidaten als auch über die Listenwahl abzustimmen.

Aus den unterschiedlichsten politischen Spektren stellten sich Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl, um einen der begehrten 120 Plätze zu bekommen und um den Bürgerinnen und Bürgern eine brei-



Foto: GCP/SPN

te Auswahl an politischen Richtungen zu bieten. Auf den 19 anerkannten Listenwahlvorschlägen warben 199 Kandidatin-

nen und 517 Kandidaten (Gesamt 716) um die Stimmen der Wählerschaft.

Besonders interessant ist die Altersverteilung der Bewerber: In der Altersgruppe von 18 bis unter 30 Jahren bewarben sich 50 Personen um ein Mandat, während sich in der Gruppe über 70 Jahren 11 Kandidaten zur Wahl stellten.

Die Zusammensetzung des neuen Landtages und die Koalitionsbildung wird von großer Bedeutung und eine wichtige politische Weichenstellung für die nächsten Jahre sein. In den Wahlprogrammen, den Wahlkampfreden und den in der DP abgedruckten Interviews sind eine Menge Visionen der Parteien zu vernehmen, wie man mit der sächsischen Polizei und der Inneren Sicherheit umgehen will. Was davon wirklich umgesetzt werden kann, wird die Zukunft zeigen.

In der vergangenen Legislaturperiode gab es fünf Fraktionen und eine Koalition aus CDU, SPD und Grüne, welche die politische Landschaft prägten. ■

Ein Interview mit unserem Interviewführer

DP: Du hast die Interviews mit den Parteien im Vorfeld der Wahl gemacht. Hand aufs Herz! Hat das was gebracht?

Peer Oehler: Na ja, das kommt auf den Anspruch an.

DP: Was war dein Anspruch?

Peer Oehler: Wer Forderungen umsetzen will, der muss zuerst einmal sicherstellen, dass diejenigen, die die Umsetzung betreiben könnten, die Forderungen kennen.

DP: Die können auch unser Programm lesen!

Peer Oehler: Im Ernst? Ich glaube, es ist weltfremd zu glauben, dass Parteispitzen je-

des Gewerkschaftsprogramms lesen. Die Fachsprecher der Fraktionen, aber noch mehr deren Mitarbeiter sind eher diejenigen, die das im Details durchblicken. Ich fühle mich zum Beispiel bestätigt, für das BSW den Kontakt zu Sahra Wagenknecht direkt gesucht zu haben. Immerhin wird sie sich wohl direkt an den Koalitionsgesprächen beteiligen.

DP: Und welche Forderungen hast du im Gespräch platziert?

Peer Oehler: Unterschwellig und eher als Frage nach den Ursachen, als der Vorwurf des politischen Versagens, war mir im Gesprächsauftritt bei allen der Hinweis auf das Problem der nicht mehr streitfähigen Gesellschaft wichtig. Ein mächtiger Batzen unserer Arbeit resultiert aus politischer Aufge-

regtheit und Unversöhnlichkeit – von Versammlungsbegleitung bis Objektschutz, von Gefährdung unserer Beamtinnen und Beamten bis Beleidigung von Politikern.

DP: Ist das angekommen?

Peer Oehler: Absolut. Jeder stimmt zu, dass gesellschaftliche Probleme nicht mit polizeilichen Mitteln gelöst oder gar unterdrückt werden können und dass eine Gesellschaft lernen muss, unterschiedliche Positionen auszuhalten und sich friedlich auszutauschen.

DP: Aber?

Peer Oehler: Der Weg dahin ist für viele eine Blackbox. Die klarsten Vorstellungen



Landtagswahlen in Sachsen

Foto: GdP SN

hat Petra Köpping (SPD) gehabt: Schaffen von Kommunikationsräumen, die insbesondere auf dem Land durch alle möglichen Schließungen verloren gegangen sind. Ihr Ziel: Die Gesellschaft muss wieder lernen, miteinander zu reden. Richtig!

DP: Welche Forderungen standen noch im Mittelpunkt?

Peer Oehler: Zum Beispiel die Mutter unserer Forderungen, dass Aufgabe und Personal zusammenpassen müssen. Dem stimmen alle Parteien zu. Der Aufwuchs im Personalbereich wird von keinem bestritten. Sogar die Freien Wähler und FDP, die ja den schlanken Staat wollen, anerkennen den Stellenbedarf der Polizei. Aber ich glaube, das ist die halbe Wahrheit. Zur Wahrheit gehört, dass nach meiner Auffassung die Zeit kommen wird, in der wir nicht mehr das Personal für die Stellen finden oder der anerkannte Stellenbedarf mit dem gegenwärtigen Modell der Staatsfinanzierung nicht mehr finanzierbar ist.

DP: Was unterstützen noch alle?

Peer Oehler: Am ehesten die Idee der Bezahlung nach Dienstposten, wenn auch nicht alle. Die Grünen-Vorsitzende Marie Müser erklärte mir sogar, das wäre eine „grüne“ Forderung. Nicht wenige verbinden aber damit eine ehrliche Dienstpostenbewertung. Die hat der Polizei-Hauptpersonalrat ja bereits gefordert.

DP: Was ist mit deinem persönlichen Favoriten, der Europaklasse?

Peer Oehler: Mit Ausnahme der AfD unterstützen das alle. Der CDU-Chef Michael Kretschmer sagte sogar, er wolle sich den Vorschlag des Polizei-Hauptpersonalrates

„ein Stück weit zu eigen“ machen. Auch wenn manche Kollegen die Augen verleiern, wenn ich wieder damit anfangen: Wir müssen vor die Lage kommen! Das heißt, wir müssen unsere Arme weiter ausstrecken für qualifiziertes Personal. Und fast alle Gesprächspartner fänden das darüber Hinausgehende ebenso gewinnend. Wir würden beginnen, einen nicht geringen Teil der Gesellschaft, den der Nichtdeutschen, in uns abzubilden. Auch das steigert unsere Akzeptanz in der Gesellschaft und das Vertrauen, dass man in uns setzt.

DP: Apropos Vertrauen, spielte der auf 63 % gesunkene Vertrauenswert in die Polizei nach dem letzten Sachsenmonitor eine Rolle?

Peer Oehler: Nein, das habe ich nicht thematisiert. Aber die Akzeptanz polizeilicher Maßnahmen spielte bei den Gesprächen im linken Spektrum schon eine Rolle.

DP: Bei wem besonders?

Peer Oehler: Ich erinnere mich, dass ich mit Stefan Hartmann, dem Co-Vorsitzenden der Linken in Sachsen, eine Debatte über „ACAB“ hatte. Das ist ja die höchste Form von Ablehnung der Polizei. Spannend finde ich sein Angebot, einen Antrag zur Ächtung dieser Parole für einen Landesparteitag der Linken vorzubereiten.

DP: Du glaubst auch an den Weihnachtsmann.

Peer Oehler: Ich glaube Stefan Hartmann persönlich. Und wenn mir das die GdP gestattet, würde ich gern versuchen, einen solchen Antrag vorzubereiten. Natürlich kann das auch scheitern. Aber auch wir stehen in der Verantwortung, alles dafür zu tun, damit der Hass auf Polizei nicht zunimmt und die Angriffe auf unsere Beamten zurückgehen.

Foto: GdP SN



Peer Oehler

DP: Bist du optimistisch, dass sich alle an das halten, was sie im Interview gesagt haben?

Peer Oehler: Ja, ich habe keinen als unglaublich in Erinnerung. Wir sollten und müssen politische Verantwortungsträger trotz aller Meinungsverschiedenheit auch immer als potenzielle Partner in der Umsetzung unserer Forderung sehen. Ohne die geht's nicht!

DP: Danke, bis in fünf Jahren – zur nächsten Landtagswahl!

DP – Deutsche Polizei Sachsen

Geschäftsstelle
Sachsenallee 16, 01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 687-13
Telefax: (035204) 687-50
www.gdp-sachsen.de
service@gdp-sachsen.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Mike Pfützner (V.i.S.d.P.)
Sachsenallee 16,
01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 68713
Telefax: (035204) 68750
Redaktion@gdp-sachsen.de

Sozialwerk der Polizei
Telefon: (035204) 687-14
Telefax: (035204) 687-18
www.psw-service.de
psw@psw-service.de



Foto: GdP SN

Jörg Günther



KOMMENTAR ZUM LEITARTIKEL / INTERVIEW

Kommentar zu den Wahlinterviews mit den Parteien und welche Schlüsse zieht die GdP Sachsen daraus

Jörg Günther

Die Wahlen sind Geschichte. Sachsen ist an einem Wahldebakel knapp vorbeigeschrammt. Noch! Mit dem jetzigen Ergebnis wird umzugehen sein. War dieses Ergebnis abzusehen? Ich glaube ja! Wer mit offenen Augen und Ohren durch den Alltag wandelt, hat das kommen sehen. Augenscheinlich ist das Vertrauen in die bisher etablierten Parteien gesunken, den Herausforderungen der Zeit gewachsen zu sein.

Werfen wir einen Blick auf die Lage der Nation aus Wählersicht.

Mit Waffenlieferungen werden wir wieder zur mittelbaren Kriegspartei. Pazifismus und Friedensbewegung sind out. Strategisch ist unser Land nicht in der Lage mit Krisen und Bedrohungen fertig zu werden. Wir lassen wieder amerikanisches Sicherheits-Knowhow in Deutschland stationieren und sind abhängig vom Wohlwollen anderer und somit erpressbar. Sicherheitsorgane werden von Sicherheitsfirmen bewacht. Welch ein Hohn! Bei Krisen jeder Art kommen wir an unsere Leistungsgrenze. Katastrophen- und Zivilschutzschutz wird lückenhaft nach Schadenseintritt erst wiederaufgebaut. Terroristischen Anschlägen haben wir wenig entgegen zu setzen. Ein gefährlicher Trend zu importierter Messerkriminalität ist zu verzeichnen. Es wird Cannabis legalisiert, ehrlich, weil wir dem Problem nicht Herr werden - der Kampf aussichtslos ist. Legalisieren wir in der Folge auch Crystal, Waffen und Internetkriminalität? Dann ist nur Prävention angesagt und jeder selbst für sein Handeln verantwortlich. Aber Prävention ist in der Polizei auch reduziert oder auf Vereine oder Ehrenamtliche abgedrückt. Ich will nicht am helllichten Tag in der Chemnitzer Innenstadt offen Drogen angeboten bekommen. Die Dealer sind schneller wieder auf der Straße, als der Kollege im Revier sei-

nen Vorgang beendet hat. Von Justitia keine Spur – überlastet.

45 Arbeitsjahre mit weniger als 3000 € brutto im Monat führen nach derzeitigem Recht zu einer Rente von 1300 € brutto, somit ist Altersarmut vorprogrammiert. D.h. im Pflegefall werden die Kinder körperlich und finanziell belastet bzw. das eigene Geschaffene herangezogen. Das ist die Wertschätzung der Lebensleistung! Nicht jeder der smart genannten „Silberworker“ macht das aus Spaß an der Freude! Die nun angedachte Lösung ist die Aktienrente. Man zockt mit Steuergeld in der Hoffnung, nicht das gleiche Schicksal wie die Pensionsfonds der USA in der Bankenkrise zu erleben! Es bestehen Investitionsnotwendigkeiten in die Infrastruktur bei Schiene, Brücken, Schulen, Gesundheitswesen, Bahnhöfen, Bundeswehr, Justiz etc. in Milliardenhöhe. Die „Steuererklärung auf dem Bierdeckel“ bleibt ein Mythos. Die beabsichtigte Krankenhausreform wird geplant ausschließlich von den gesetzlich Pflichtversicherten finanziert. Das führt in der Konsequenz zu steigenden Krankenkassenbeiträgen der Mehrheit der Bevölkerung. Seit Jahren sitzen die regierenden Parteien vor der angestrebten schwarzen Null im Haushalt wie das Kaninchen vor der Schlange. Der kommenden Generation wenig finanzielle Schulden zu hinterlassen ist gut, bringt aber nichts, wenn nur noch Ruinen da sind. Dann wäre es allerdings in deren Verantwortung den Wiederaufbau zu stemmen. Das ist nicht generationsgerecht! Ein Großteil der Herausforderungen sind über die letzten Jahrzehnte selbst verschuldet. Wir sind im „Wartemodus“. Wir warten, dass die Zeit vorhandene Probleme löst. Das z.B. der prognostizierte Bevölkerungsrückgang einige Notwendigkeiten selbst regelt (Rentenkasse). Das der

Wandel im ländlichen Raum Infrastruktur und notwendige Sicherheitsbehörden nur noch rudimentär notwendig machen. Den Trend wieder aus dem teuren Ballungszentren aufs Land ziehen zu müssen/wollen, kann man eh nicht berechnen. Also weg mit Schulen, Kitas, Bus- und Bahnlinien – regelt sich alles von selbst....

Und dennoch scheint es Haushaltstöpfe in Milliardenhöhe für Entwicklungshilfen und Waffenlieferungen zu geben? Von Fridays vor Future ist nur eine CO₂-Luftsteuer geblieben. Beim nachhaltigsten Mittel zum Klimaschutz, dem Deutschlandticket, streitet man über den generellen Erhalt bzw. Preis und die Finanzierung.

Der viel strapazierte Fachkräftemangel ist teilweise selbst verursacht. Wer hat die vorhandenen Lehrer und Erzieher nach der Wende zu Teilzeit genötigt, obwohl kleinere Klassen und Kitagruppen sinnvoller für die Entwicklung unserer Kinder gewesen wären. Wer hat Lehrerstudiengänge in Chemnitz und Zwickau trotz Prognosen zu anstehenden Altersabgängen abgeschafft und jetzt erst sehr zögerlich mit Einstellungsprogrammen und Verbeamtungen bei Lehrpersonal reagiert? Es wurden somit die vorhandenen Potentiale unserer Kinder nur unzureichend gefördert. Politische Bildung, Medienkompetenz und Finanzgrundlagen sind heute wichtige Voraussetzungen in der Entwicklung unseres Nachwuchses.

Bei genau diesen verantwortlichen Parteien fanden sich Slogans zur „besseren Bildung schon ab der Vorschule“ auf den Wahlplakaten. Glaubwürdig?

Die Ausbildungsvergütungen für bestimmte Berufsgruppen sind unzureichend und unattraktiv. Das Azubiticket zu teuer. Wie sind wir die letzten Jahre mit un-



Landtagswahlen in Sachsen

Foto: GdP SN

seren Fachkräften umgegangen? Mit befristeten Arbeitsverträgen sollte der Wirtschaft Flexibilität bei Konjunkturschwankungen ermöglicht werden. Die Folge war der permanente Wechsel von qualifizierten Arbeitskräften ohne längere Bindung.

„Politikerspruch des Tages: Franz Müntefering SPD

Ist unfair, Politiker an ihren ‚Es ist unfair‘
Wahlversprechen zu messen

Da kommt auch keine Unternehmungsbindung zu Stande. Innovationen und Technologien wurden ins Ausland verlagert. Outsourcing, weil da die Produktionskosten billiger waren und der Profit stieg. Technologieführerschaft auf dem Silbertablett verschenkt. Nun ist man erstaunt, dass wir von anderen abhängig sind und der techni-

schon Entwicklung hinterherlaufen. Plötzlich sind sichere Außengrenzen und kontrollierte Einwanderung hoffähig. Vor geraumer Zeit wurde man dafür noch in die rechte Ecke gestellt. Unsere europäischen Freunde scheinen da mehr auf ihre Interessen zu achten. Das schadet der Akzeptanz des Europagedanken! In den Interviews der Parteien scheinen sie alle verstanden zu haben, dass es in den vergangenen Jahren zu einer Fehlentwicklung in Deutschland gekommen ist. Leider sprechen die erlebte Vergangenheit, aktuelle Haushaltssperren, angedachte Arbeitszeitverlängerungen, Diskussionen zu einem späteren Renteneintritt sowie kein Anpassen des Personalkörpers des Öffentlichen Dienstes an tatsächliche Aufgaben, eine andere Sprache. Gesetze zu beschlie-

ßen, deren Durchsetzung fraglich bleibt, ist Schattenboxen - Aktionismus ohne Sinn und Verstand. Die Bevölkerung erwartet einen wirklichen Wandel. So lange der nicht objektiv und spürbar beginnt, bewegen sich unsere Kollegen weiter in einem explosiven Spannungsfeld zwischen Frustration der Bevölkerung mit fehlender Achtung, Anspruchsdenken bzw. Erwartungshaltung verschiedener Bevölkerungsgruppen und denen, die diesen eigentlich unhaltbaren Zustand für sich nutzen, Geschäfte machen und unbemerkt illegale Strukturen und Machtpositionen aufbauen. Das ist gefährlich! Für uns als GdP heißt das weiter und nachhaltiger den Finger in die Wunden zu legen und über Parteigrenzen hinweg schonungslos Defizite anzuprangern. Krach zu schlagen, wenn es notwendig ist und es ist notwendig! Nächstes Jahr ist wieder Wahl!
Jörg Günther

Ehemaligentreffen des Polizei-Hauptpersonalrates



Foto: GdP SN

Von links nach rechts: Willi Bönsch, Matthias Büschel, „Max“ Schmäling, Lutz Schiefner, Gerd Schreiber, Hans Peter Scheidler, Erik Berger, Udo Breuckmann

die aus persönlichen/gesundheitlichen Gründen nicht kommen konnten, sei gesagt, dass das nächste Treffen am 19. August 2025 wieder in Ohorn stattfinden wird. Abschließend vielen Dank an Maik Springer und das Team der Luchsenburg. ■

Erik Berger

In Ohorn „An der Luchsenburg“ trafen sich ehemalige Mitglieder, die nun schon Pensionäre oder Rentner sind, des Polizei-Hauptpersonalrates. Dazu gesellte sich auf ausdrücklichen Wunsch unsere Leiterin der Geschäftsstelle des Polizei-Hauptpersonalrates, Annett Kogel. Über 160 Jahre Personalratserfahrung waren insgesamt vertreten. Zahlreiche Erinnerungen, gespickt mit Anekdoten, wurden wieder aufgewärmt. Gute und schlechte Erfahrungen nochmals diskutiert und auch über manch „Führungspersönlichkeit“ der sächsischen Polizei und Politik hergezogen, aber auch positive Seiten herausgekehrt. Ein Treffen, das auf alle Fälle nicht das letzte gewesen sein wird. Der Personenkreis ist eh größer und es werden hoffentlich mehr werden. Allen,



Redaktionsschluss

Bitte beachten: Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen war für Oktober 2024 der 26. August 2024, ist für November 2024 der 23. September 2024 und für Dezember 2024 der 28. Oktober 2024.

Hinweise: Das Landesjournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die sächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht.

Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung, den Zeitpunkt der Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel / Leserbriefe stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Die Redaktion

Am 3. und 4. September 2024 trafen sich der Geschäftsführende Landesvorstand (GLV) und der Landesvorstand (LV) der GdP Sachsen zu ihrem vierteljährlichen Meinungsaustausch

Mike Pfützner

Vorbereitung und Austausch am 3. September 2024

Der 3. September stand im Zeichen der Vorbereitung der LV-Sitzung durch den GLV. Zudem fand ein intensiver Austausch mit Vertretern der GdP Brandenburg statt. Diskutiert wurden Themen wie die Grenzpolizei, Neueinstellungen bei der Polizei und die damit verbundene Mitgliedergewinnung für die GdP, Zulagen in den einzelnen Bundesländern, das Eingangsamt A 8 in Brandenburg, die Zusammenarbeit zwischen GdP und den Personalräten, die Auswertung der Landtagswahlen in Sachsen sowie die Vorbereitung auf die Wahlen in Brandenburg und das Jobbike-Programm.

Der Austausch war sehr produktiv und beide Seiten konnten wertvolle Erkenntnisse für ihre weitere Arbeit gewinnen. Der Tag wurde mit einem gemeinsamen Abendessen abgerundet, bei dem die Gespräche vertieft wurden.

LV-Sitzung am 4. September 2024

Am 4. September fand die LV-Sitzung statt. Leider hatte der Finanzminister im Vorfeld abgesagt, sodass wichtige Fragen zur Haushaltssperre und zum Personalaufwuchs bei der Polizei nicht besprochen werden konnten. Dennoch gab es zahlreiche Themen, die im Landesvorstand angesprochen und beschlossen werden mussten. Zu Beginn gab



es einen feierlichen Anlass zu würdigen: Klaus Hanisch, BG-Vorsitzender der FH Pol, wurde im August 60 Jahre alt.

Ein zentrales Thema war die Grenzpolizei in Sachsen, wobei die bereits jetzt schon dünne Personaldecke kritisiert wurde. Auch die am 2. September begonnene dreijährige Ausbildung in der Laufbahngruppe 1.2 wurde thematisiert, da sie nicht zur Verbesserung der Situation beiträgt. Weitere Probleme wie Liegenschaften und Ausstattung wurden ebenfalls diskutiert. Ein geplanter Personalaufwuchs im mittleren dreistelligen Bereich wurde zwar begrüßt, kann aber die grundlegenden Probleme nicht lösen.

Positiv konnte das GdP-GLV-Mitglied und der Vorsitzende des Polizeihauptpersonalrats (P-HPR) verkünden, dass die Richtlinie zur Telearbeit, mobiles Arbeiten und HomeTown-Office kurz vor der Unterschrift steht.

Weitere Themen und Erfolge

Weitere wichtige Themen waren die Personalratswahlen 2026, die Inflationsprämie für Beschäftigte in Elternzeit (hier gibt es leider ein neues Urteil, das negativ für die Beschäftigten ist), die Auswertung der sächsischen Landtagswahlen und mögliche Auswirkungen auf die GdP Sachsen sowie die Ausbildungs- und Studienreform in Sachsen. Positiv hervorzuheben ist, dass am 2. September 2024 302 Frauen und Männer ihre Ausbildung an den drei Schulstandorten begonnen ha-

ben, zusätzlich zu neun Sportlern an der Polizeifachschule Chemnitz. Allen neuen Auszubildenden wird viel Erfolg für ihre spannende Ausbildung gewünscht!

Ein weiteres Thema war das neu zu überarbeitende GdP-Arbeitsprogramm für Sachsen. Hagen Husgen hat sich bereit erklärt, die Punkte zusammenzufassen und mithilfe weiterer Hinweise aus der Mitgliedschaft zu prüfen, was die GdP erreicht hat und welche Forderungen an die Politik gestellt werden sollten. Das neue Arbeitsprogramm soll Anfang 2025 erscheinen.

Als weiteren Erfolg kann die GdP Sachsen verbuchen, dass die neue Sächsische Ur-



laubs-, Mutterschutz- und Elternzeitverordnung (SächsUrlMuEltVO) in Kraft getreten ist. Diese ermöglicht es nun, bei Niederkunft einen Urlaubstag zu erhalten, auch wenn die Eltern nicht verheiratet sind, sowie Fortbildungen von Gewerkschaften und eine zeitlich begrenzte Erhöhung der Kind-Krank-Tage in 2024 und 2025.

Fazit

Trotz der hohen Temperaturen von über 30 Grad war es ein anstrengender, aber erfolgreicher Tag. Im Sinne der Beschäftigten konnten viele wichtige Themen besprochen und auf den Weg gebracht werden. ■





PVAG
Die Polizeiversicherung

DAS GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN VON



Gewerkschaft
der Polizei

SIGNAL IDUNA 



Du sorgst für Sicherheit! Aber wer sorgt für deine Sicherheit?

Ivonne Schuster

Neben dem kostenfreien Unfallversicherungsschutz innerhalb der GdP-Mitgliedschaft empfiehlt es sich trotzdem, eine private Unfallversicherung abzuschließen.

Die Mitglieder der GdP profitieren hier von einer besonderen Einstufung im Vollzugsdienst.

Bedienstete im Vollzug der Polizei, BAG, Justiz oder Zoll, die Mitglied in der Gewerkschaft der Polizei (GdP) sind, werden generell in Gefahrengruppe A eingestuft. Dies gilt auch für die Spezialeinheiten wie GSG 9, PSA, BFE+, SEK, MEK, USK, REK, OED, ZUZ oder OEZ.

Ein besonderer Baustein sollte in der Unfallversicherung auf keinen Fall fehlen: die Sofortleistung für Vollzugsbedienstete (SLV). Diese leistet, wenn die versicherte Person in Ausübung der dienstlichen Tätigkeit bei einem Verkehrsunfall und/oder durch direkte Gewalteinwirkung (auch Schuss- und/oder Stichverletzung) eines Dritten Gesundheitsschädigungen erleidet, die zu einem medizinisch notwendi-

gen Krankenhausaufenthalt von mind. drei Tagen oder zum Tod führen. Die Versicherungssummen sind wie folgt: im Todesfall 150.000 Euro; bei Verletzung 1.500 Euro.

Psychologische Soforthilfe für Vollzugsbedienstete aufgrund Post-Shooting-Trauma (PST)

Macht die versicherte Person während eines Dienstesatzes aufgrund einer Gefahrensituation von der Dienst-/Schusswaffe Gebrauch und durch den abgesetzten Schuss wird eine dritte Person verletzt oder getötet, kann es zu einem sogenannten Post-Shooting-Trauma kommen. Für die nachweislich notwendigen psychologische Therapiesitzungen übernehmen wir die Vermittlung und die Kosten für bis zu zehn Therapiesitzungen, maximal bis 1.200 Euro.

Sprechen auch euch diese Leistungen an, dann kontaktiere deine/n PVAG Fachmann/-frau und lass dich individuell beraten. ■



Foto: PVAGsignaliduna

Ivonne Schuster
Lengenfelder Straße 223
08064 Zwickau
Mobil: (0173) 3563821

Unsere Neuen in der Geschäftsstelle



Foto: GdP/SN

Hallo, ich bin Annalena Lemke, 22 Jahre alt, und freue mich sehr, seit August 2024 ein Teil der Gewerkschaft der Polizei Sachsen in der Geschäftsstelle in Kesselsdorf zu sein.

Ich kümmere mich um die Mitgliederverwaltung und bin zuständig für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Im Sommer 2022 habe ich meine Ausbildung zur Veranstaltungskauffrau abgeschlossen und absolviere aktuell nebenbei eine Weiterbildung zur Online-Marketing-Managerin.

Ich freue mich auf eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.



Foto: GdP/SN

Hallo, mein Name ist Jörg Woischneck. Bisher habe ich in einer Eventagentur in Berlin Veranstaltungen von nationaler sowie internationaler Reichweite geplant und durchgeführt. Nun werde ich, zurück in meiner alten Heimat, das GdP-Team mit meinen Erfahrungen diesbezüglich unterstützen.

Gemeinsam möchte ich die Ziele und Aufgaben unserer Gewerkschaft u. a. durch eine Vielfalt von Veranstaltungen bereichern. Ich freue mich auf eine Zusammenarbeit mit den GdP-Mitgliedern.



Foto: pixabay



Landesseniorengruppe lud zum Beihilfelehrgang ein

Landesseniorengruppe

Am 23. Juli 2024 war es endlich so weit: Vertreter des Landeseniorenvorstandes, Vertreter der Bezirksgruppen der Senioren und Interessierte trafen sich in der Geschäftsstelle der GdP in Kesselsdorf zu einem Seminar über den Umgang mit der Beihilfe im Ruhestand. Auch der Referatsleiter 339/D und eine Mitarbeiterin des Landesamtes für Steuern und Finanzen waren als Gäste anwesend. In einer sachlichen, konstruktiven und kameradschaftlichen Atmosphäre wurde gegenseitiges Verständnis aufgebaut und viele offene Fragen geklärt. Mitarbeitende und Vertreter der Signal Iduna trugen ebenfalls zum Gelingen der Veranstaltung bei.

Hauptsächlich wurden folgende Fragen beantwortet und diskutiert:

- Grundlagen und Änderungen im Beihilfe-recht im Zusammenhang mit den Tarifvertragsänderungen zum 1. Januar 2024

- Bearbeitungszeiten, Umstellungen in den Bearbeitungen und Erreichbarkeiten
- Einreichungsmodalitäten und Anforderungen für eine sachgerechte und zeitnahe Bearbeitung

Es blieb ausreichend Zeit für Nachfragen und Diskussionen. Insgesamt kann die Veranstaltung als Erfolg gewertet werden, da sie das gegenseitige Verständnis in diesem komplexen Bereich förderte, der früher oder später jeden betrifft.

Ohne eine fachkundige, rechtssichere Beratung ersetzen zu wollen, sollten nun in den Bezirksgruppen ausreichend Senioren vorhanden sein, die mit Rat und Tat zur Seite stehen können. Es ist ratsam, sich bei Anfangsfragen und Fragen zur Verfahrensweise an diese Kollegen zu wenden. Die Erreichbarkeiten der Teilnehmer sollten unter der Regie der Bezirksgruppen und der dort angesiedelten Seniorengruppen unkompliziert und zeitnah möglich sein.

Die Gäste informierten die Vertreter der GdP aus den Bereichen der Polizeidirektionen, Bereitschaftspolizei sowie die Außendienstpartner der PVAG. Viele Fragen wurden gestellt und sachlich beantwortet. Das Thema Digitalisierung der Unterlagen für die Beihilfeabrechnung kann aktuell noch vollzogen werden. Daher sollten die Unterlagen in Papierform oder per E-Mail übersendet werden. Die Erreichbarkeit für die Beihilfe – Zentrale: Telefonnr. (0351) 82719339 – wurde ebenfalls thematisiert, um schneller helfen zu können.

Das Thema „Physiotherapie“ wurde ebenfalls angesprochen und auf die Beihilfeverordnung Anlage 3 verwiesen, in der die Gebührenordnung hinterlegt ist. Auch die längeren Bearbeitungszeiten wurden erklärt, die nun der Vergangenheit angehören sollten. Ein wichtiger Punkt war, die Vollmacht für die Beihilfe sowie Versorgungsbezüge auszufüllen und den Behörden zuzusenden, da dies im Notfall sehr wichtig ist. Dieses Problem wird von den Vertretern der Seniorengruppen bei jeder Zusammenkunft erneut angesprochen, da immer wieder Probleme auftreten.

Der Lehrgang war gut besucht und viele Vertreter konnten wichtige Hinweise mit nach Hause nehmen. ■

Beachvolleyballturnier der 1. BPA: ein Highlight trotz turbulenter Einsatzzeiten

In sehr turbulenten Einsatzzeiten sorgt die GdP mit ihren Partnern Signal Iduna und

Obwohl Einsatzlagen Vorrang haben und sechs Teams kurzfristig absagen mussten, kämpften bei bestem Wetter 24 Teams auf den acht Plätzen des DSSV um die begehrten Pokale und Geschenke. Die Mannschaften der BePo und der Hub-schrauberstaffel zeigten dabei vollen Einsatz.

Dank der Unterstützung von PSW Sachsen/Thüringen und PVAG Signal Iduna war für das leibliche Wohl und besonders die Getränke bestens gesorgt. Wir hoffen, dass die 9. Auflage des Turniers nicht die letzte war und be-

ginnen optimistisch mit den Vorplanungen der 10. Auflage im Jahr 2025. ■



Foto: KG BePo DD



PSW für ein wenig Abwechslung beim Beachvolleyballturnier der 1. BPA. Dieses fand im August 2024 statt und wurde durch tolle Preise und Verpflegung erneut zu einem Highlight.



INFO-DREI

Präventionssport der Polizei in...

... Sachsen

Das Thema Sport für Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte in der Polizei ist in den Personalvertretungen und der GdP seit Jahren ein Dauerbrenner. In der von der Staatsregierung durchgeführten Befragung zur Wertschätzungskampagne wurde durch die Polizeibesetzten dieser Punkt sehr häufig benannt. Vor Jahren wurde durch den Polizei-Hauptpersonalrat der Versuch unternommen, im Rahmen der Gleichbehandlung aller Beschäftigten die Gesundheit und Gesundheitsförderung für diesen Personenkreis ebenfalls als Dienstsport unter Anrechnung von Arbeitszeit zu etablieren. Gescheitert ist unser Unterfangen an der Argumentation der Ministerien, dass es rechtliche Bedenken zum Unfallschutz gäbe. Erleidet ein Tarifbeschäftigter bzw. Verwaltungsbeamter beim Sport in der Arbeitszeit einen Unfall, ist es logischerweise ein Arbeitsunfall. In dieser Konstellation wäre die Unfallkasse Sachsen in der Leistungspflicht, obwohl diese Verletzung nicht mit der eigentlichen Arbeitsverrichtung in Verbindung steht. Dass regelmäßiger Präventionssport das Risiko einer berufsbedingten Erkrankung generell reduziert und die Widerstandsfähigkeit erhöht und deshalb gefördert werden sollte, wird nicht gelten gelassen. Es wäre auch ein Unding, wenn der arme Freistaat den Kollegen für Sport Arbeitsentgelt zahlen würde. Als einziges Ergebnis konnte erreicht werden, dass im Rahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements diese Bediensteten an speziellen Informationskursen zu Bewegungs- und Sportmöglichkeiten im Rahmen ihrer Arbeitszeit teilnehmen dürfen. Mit diesen „Schnupperkursen“ sollen sie motiviert werden, das Erlernte in ihren Arbeitsalltag zu integrieren. Eine Fortführung der individuell geeigneten Maßnahmen muss dann allerdings in Freizeit erfolgen. So ist es jetzt die Regel, dass Vollzugsbeamte in der Dienstzeit und die anderen Kollegen in ihrer Freizeit gemeinsam Sport treiben, Sport frei!

Jörg Günther

... Sachsen-Anhalt

„Sicherheit braucht Fitness“ ist das Motto des Deutschen Polizeisportkuratoriums. In der Polizeiarbeit sind körperliche Fitness und psychische Belastbarkeit von herausragender Bedeutung. Schnell wechselnde Einsatzlagen, Wechselschichtdienst und die Notwendigkeit einer professionellen Eigensicherung erfordern eine besondere Leistungsfähigkeit. Des Weiteren stellen schnell wechselnde Einsatzlagen, der Wechselschichtdienst und besondere Erschwernisse durch geschlossene Einsätze hohe Anforderungen sowohl an die körperliche Leistungsfähigkeit als auch an die psychische Belastbarkeit. Der Sport in der Polizei dient auch der stetigen physischen und psychischen Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit der Polizeibediensteten. Eine wichtige Aufgabe für den Dienstsport ist ebenfalls die Förderung einer guten Arbeitsatmosphäre, des Zusammengehörigkeitsgefühls und die Stärkung eines notwendigen Teamverhaltens.

Und was ist mit den anderen Polizeibesetzten, den Tarifangestellten und den Verwaltungsbeamten, welche ebenfalls in ihrem täglichen Dienst bzw. Arbeit hohen physischen und psychischen Belastungen ausgesetzt sind? Aufgrund der bestehenden Interessen des Landes Sachsen-Anhalts an der Gesunderhaltung des Personals können dem genannten Personenkreis per Erlasslage zwei Stunden in Form einer Zeitgutschrift auf die Arbeitszeit angerechnet werden. Weiterhin besteht ein gesetzlicher Unfallschutz. Ungleich wird dagegen der Weg zur Sportstätte bewertet, so kann sich der Vollzug, diesen in einem angemessenen Rahmen auf seine Gesamtarbeitszeit anrechnen lassen und im Bereich der anderen Polizeibesetzten gilt diese Regelung nicht. Diese unterschiedliche Verfahrensweise kann im Grunde genommen niemanden rational vermittelt werden, denn Gesundheit ist für alle wichtig, egal welcher Status vorliegt!

Eycke Körner

... Thüringen

Den Forderungen der GdP nach tariflich geregelten Arbeitsbedingungen zur Teilnahme am Gesundheits- und Präventionssport unter Anrechnung von Arbeitszeit für Verwaltungspersonal haben sich die Fraktionen Die LINKE, SPD und Bündnis 90/Grüne mit einem Entschließungsantrag an die Landesregierung (DS 7/9288) angeschlossen. Ausgehend davon hat das Thüringer Polizeisportkuratorium in seiner Jahrestagung am 18. Januar 2024 einstimmig für die Unterstützung des Anliegens votiert und einen Vorschlag an das Thüringer Finanzministerium unterbreitet. Der Umfang des Betriebssportangebotes für Tarifbeschäftigte bzw. Verwaltungsbeamte soll hierbei nicht dem Umfang der Dienstsportverpflichtung für Polizeivollzugsbeamte entsprechen, sondern einen zeitlichen Rahmen von nicht mehr als einer Stunde pro Woche setzen. Ziel ist es, die Disharmonie bezüglich Dienstsport zwischen Polizeivollzug und Verwaltung aufzulösen. Darüber hinaus würde dieses Angebot hinsichtlich Gesundheitsmanagement innerhalb der Polizei einen Erfolg sichernden Beitrag leisten. Das TFM kam nach Prüfung des Vorschlags zu dem Ergebnis, dass eine „bezahlte Freistellung“ vom Dienst bisher tariflich nicht normiert ist. Mithin käme nur eine übertarifliche Regelung unter Einhaltung der arbeits-, tarif- sowie haushaltsrechtlichen Bestimmungen in Betracht. Die Zustimmung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sei nicht zu erwarten. Hintergrund dafür ist, dass bereits auf der Mitgliederversammlung 9/2019 der TdL auf Anfrage des Landes Brandenburg erörtert wurde, welches sich mit der Forderung der GdP zu Tarifverhandlungen über die Anrechnung von Dienstsport auf die Arbeitszeit aller Beschäftigten konfrontiert sah. Die TdL sprach sich gegen diese Forderung aus und stellte fest, dass die Anrechnung als Arbeitszeit nur auf Beschäftigte der Vollzugspolizei beschränkt ist. Die Gesundheit der Beschäftigten ist der TdL nicht wichtig.

Marko Dähne